

# Paul Rusmann: Rede zum Antikriegstag, 1. September 2016 in Stuttgart

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

"Es ist eine Art dritter Weltkrieg, der stückweise geführt wird, und im Bereich der globalen Kommunikation nimmt man ein Klima des Krieges wahr." Diese Aussage von Papst Franziskus, liebe Freundinnen und Freunde, macht eindrücklich klar, wie wichtig es ist, das wir auch heute hier stehen und uns gegen Faschismus und Krieg einsetzen. Der Papst sieht in der Vielzahl von Konflikten und den unfassbar vielen Toten einen globalen Krieg.

Und wir sind Akteure in diesem globalen Krieg. Statt aus der eigenen, unheilvollen Geschichte zu lernen beteiligt sich die Bundesregierung an Kriegseinsätzen. Diese militärisch gestützte Machtpolitik verstößt gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes. Wer Frieden will, darf keinen Krieg führen oder Öl ins Feuer bestehender Konflikte gießen. Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Für Konflikte, wie beispielsweise in Syrien, gibt es keine militärische Lösung. Der Krieg in Syrien kann nur politisch gelöst werden.

Eine Bundesregierung, die das Friedensgebot des Grundgesetzes ernst nimmt, muss die Bundeswehr aus Syrien und den anderen Kriegsschauplätzen abziehen. Gefragt ist Diplomatie und Vermittlung wie z. B. im Konflikt um die Ukraine.

Eine Bundesregierung, die Frieden will, stärkt den Ausbau der Zivilen Konfliktbearbeitung. Sie nähme sich ein Beispiel an Costa Rica, das auf eine eigene Armee verzichtet.

Eine Bundesregierung, die Frieden politisch entwickeln will, verzichtet auf einseitige Schuldzuweisungen gegenüber Russland und auf Säbelrasseln in Osteuropa. Sie verzichtet auch auf die weitere Militarisierung der Politik und die unsägliche Diskussion über eine Reaktivierung der Wehrpflicht.

Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung 75 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion eine neue Initiative für eine Friedens- und Entspannungspolitik in Europa und in der Welt startet. Für eine Politik, die das Recht des Stärkeren ächtet, die Stärke des Rechtes und die Würde jedes Menschen achtet.

Eine solche Politik würde in der Konsequenz auch die Stärkung der UN bedeuten und keine Beteiligungen an Koalitionen der Willigen und an Einsätzen der NATO. Das heißt aber auch, sich endlich klar und deutlich für den Abzug und die Verschrottung aller Atomwaffen aus Deutschland mit Nachdruck einzusetzen und auf internationaler Ebene die Blockade gegen ein Atomwaffenverbot aufzugeben.

„Wie kann man jemandem Glauben schenken, der dich mit der rechten Hand streichelt, während er dich mit der linken schlägt?“ Scharfe Worte, die Papst Franziskus an Länder richtet, die einerseits Waffen in Konfliktgebiete liefern und damit gutes Geld verdienen, andererseits viel von Frieden sprechen. Schon mehrere Male hat Papst Franziskus auf die Scheinheiligkeit des Waffenhandels aufmerksam gemacht.

Besonders scheinheilig ist, es wenn Sigmar Gabriel immer wieder ankündigt, den Waffenhandel einzuschränken und zu reduzieren. Schon vor Monaten hat Ohne Rüstung Leben die Verdopplung der Einzelausfuhrgenehmigungen von knapp 4 Mrd. € im Jahr 2014 auf fast 8 Mrd. € im Jahr 2015 mit folgenden Worten kommentiert:

„...doch als erneutes Armutszeugnis politischer Glaubwürdigkeit erweisen sich angesichts der aktuellen Rekordzahlen bei den Rüstungsexportgenehmigungen die langjährigen vollmundigen Versprechen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, eine Trendwende beim Waffenhandel einzuleiten.“

Obwohl dies den eigenen politischen Richtlinien zum Rüstungsexport widerspricht, gießt die Bundesregierung sehenden Auges weiterhin mit Waffenlieferungen an menschenrechtsverletzende, kriegführende und den IS unterstützende Staaten Öl ins Feuer bestehender Konflikte, die viele Menschen zur Flucht zwingen.

Mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ fordern wir Sigmar Gabriel und die Bundesregierung auf, nicht die Grenzen für Zufluchtsuchende zu schließen, sondern für den Export von Waffen und Rüstungsgütern! Das wäre auch ein kleiner, aber wichtiger Beitrag um dem sogenannten Terrorismus den Boden zu entziehen.

Eine Bundesregierung, die sich, wie es Außenminister Steinmeier formuliert, wieder für mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle einsetzen will, muss auf die geplante milliardenschwere Erhöhung der Ausgaben für Kriegseinsätze, Soldaten und neue Waffen in den nächsten Jahren

verzichten (als Zielgröße wird zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes angegeben – das entspräche einer Erhöhung der heutigen Rüstungsausgaben auf bis zu 60 Milliarden Euro). Schon jetzt werden für jede Bürgerin und für jeden Bürger in Deutschland im Jahr über 400 Euro für Kriegseinsätze, Soldaten und neue Waffen verschwendet.

Eine Bundesregierung, die den sozialen Frieden will, muss den Rüstungsetat drastisch kürzen und mehr Geld für Bildung und soziale Leistungen ausgeben.

Eine Landesregierung, die den Frieden will, kündigt die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr und erzieht unsere Kinder und Enkelkinder ausschließlich zum Frieden – so wie es die Landesverfassung vorgibt.

Ein Oberbürgermeister, der der Stadt Bestes will, verzichtet darauf, dass sich die Kommandanten der Kriegskommandozentralen AFRICOM und EUCOM in das Goldene Buch der Stadt Stuttgart eintragen dürfen. Stattdessen würde er Initiativen wie die Lebenslaute mit einem Grußwort unterstützen, wenn sie – wie Anfang der Woche geschehen – mit klassischer Musik und in festlicher Kleidung alle vier Tore des AFRICOM für einen halben Tag blockieren und zum Schlussakkord gegen den Drohnenmord aufspielen.

Gemeinsam mit dem Gemeinderat würde sich Fritz Kuhn dafür einsetzen, dass das AFRICOM und das EUCOM in Wohngebiete für Zufluchtsuchende aus aller Welt umgewandelt werden.

„Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg“ lautet die Mahnung dieses Tages: Lasst uns gemeinsam global denken und lokal handeln – tatkräftig und lautstark den Frieden ohne Waffen politisch entwickeln. Für eine gerechtere Welt und für ein soziales Europa, frei von Nationalismus, Rassismus, Homophobie, Islamophobie und Krieg.

Passend zum Stuttgarter Weinfest möchte ich meine Rede beenden mit einigen ermutigenden Zeilen aus dem Lied „Sieben Tage lang: „Wir glauben an Gerechtigkeit, an unsere Brüder auf der ganzen Welt, an unsere Schwestern überall. Lasst uns gemeinsam kämpfen für das Glück von jedermann, rollt das Fass herein, jeder kriegt was ab, denn es ist genug für alle da.“